



## Postulat Muff Sara und Mit. über sichere Häfen und Fluchtrouten

eröffnet am 22. Oktober 2019

Die Regierung wird gebeten, zu überprüfen, wie der Kanton Luzern geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnehmen kann, damit sie Zugang zu einem fairen Asylverfahren erhalten. Es sollen Kontingente dafür definiert werden, ähnlich wie dies bereits eine Reihe anderer europäischer Städte und Regionen getan haben. Der Kanton Luzern soll dem Bund dabei seine Unterstützung zusichern, um den geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

### Begründung:

Politische Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen zwingen weltweit Millionen von Menschen auf die Flucht. Die Aussengrenze der Europäischen Union ist ein Massengrab. Zehntausende Menschen sind beim Versuch, in Europa Schutz vor Verfolgung, Krieg und Elend zu finden, ums Leben gekommen. Im Jahr 2019 ertranken bereits über 1000 Menschen im Mittelmeer, wie aus Zahlen der Vereinten Nationen (UN) hervorgeht.

Die aktuelle europäische Asylpolitik dient nicht mehr primär dem Schutz von Flüchtlingen als vielmehr dem Schutz der Grenzen. Das Sterben im Mittelmeer ist kein unvermeidliches Unglück, sondern das Resultat einer gezielten Politik der Abschreckung und des Sterbenlassens. Die Behinderung und Kriminalisierung der freiwilligen Seenotrettung ist die Spitze des Eisbergs dieser inhumanen Politik der Abschottung.

Die aktuelle Situation auf dem Mittelmeer, welche sich dramatisch zugespitzt hat, erfordert unsere Solidarität und unser Handeln. Mit Unterstützung der Schweiz und der EU bringt die sogenannte «libysche Küstenwache» Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa fliehen, in schlimmste Internierungslager mit Folter und Misshandlungen zurück. Es ist von höchster Wichtigkeit, diese Unterstützung sowie die völkerrechtswidrigen Rückführungen von Schutzsuchenden in das Bürgerkriegsland zu beenden und endlich wirksame Schritte einzuleiten, um Menschen aus Seenot zu retten und ihre Ausschiffung in den nächsten sicheren Hafen (Verweis UNHCR Art. 30 und 31 <https://www.unhcr.org/3e5f35e94.pdf>) zu ermöglichen. Danach sollen sie Aufnahme in verschiedenen Staaten finden.

Schutzsuchende müssen Zugang haben zu einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren. Anstelle von nationalen Alleingängen in den Häfen und an den Grenzen ist eine solidarische Aufnahme notwendig, bei der die alleinige Verantwortung für die Asylsuchenden nicht den Staaten an den südlichen Aussengrenzen zugeschoben wird.

Die aktuelle Situation im Mittelmeer, welche sich dramatisch zugespitzt hat, erfordert unsere Solidarität und unser Handeln. Es ist von höchster Wichtigkeit, endlich wirksame Schritte einzuleiten, um Menschen aus Seenot zu retten und ihre Ausschiffung in den nächsten sicheren Hafen zu ermöglichen. Danach sollen sie Aufnahme in verschiedenen Staaten finden. Wenn wohlhabende Nationen ihre Grenzen für Menschen auf der Flucht verschliessen, dann werden andere Staaten diesem Beispiel folgen. Die Politik muss Verantwortung übernehmen und dazu gehört, dass offene Häfen und sichere Fluchtrouten in Europa angestrebt und aktiv unterstützt werden.

Muff Sara  
Schneider Andy  
Candan Hasan  
Schwegler-Thürig Isabella  
Setz Isenegger Melanie  
Stutz Hans  
Fässler Peter

Koch Hannes  
Engler Pia  
Schuler Josef  
Budmiger Marcel  
Roth David  
Ledergerber Michael  
Agner Sara  
Wimmer-Lötscher Marianne  
Brunner Simone  
Meyer Jörg  
Zbinden Samuel  
Bärtsch Korintha  
Hofer Andreas  
Estermann Rahel  
Frey Maurus  
Kurer Gabriela